

441789-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Beratungsdienste von Ingenieurbüros – Fachplanung (TGA) für Umbau, Sanierung und Erweiterung für eine Tagespflegeeinrichtung

OJ S 142/2024 23/07/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Markt Hohenfels

E-Mail: info@markt-hohenfels.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Fachplanung (TGA) für Umbau, Sanierung und Erweiterung für eine Tagespflegeeinrichtung

Beschreibung: Gegenstand des Beschaffungsvorhabens ist die Vergabe von Leistungen zur Fachplanung der Technischen Ausrüstung gemäß §§ 53 ff. der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen („HOAI“) mit den Leistungsphasen 1 bis 9 nach Maßgabe des Leistungsbilds von § 55 i.V.m. Anlage 15.1 HOAI. Umfasst von den Planungsleistungen zur Technischen Ausrüstung sind nach Maßgabe von § 53 Abs. 2 die Anlagengruppen 1 bis 6 sowie optional 7 und 8.

Kennung des Verfahrens: b5f1ba00-e61e-47ad-80d7-c8d13f5420d3

Interne Kennung: Hohenfels_2024_Tillyweg_002

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71318000 Beratungsdienste von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Neumarkt i. d. OPf. (DE236)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 500 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: I. Die Vergabeunterlagen für das gegenständliche Verfahren können unter dem Direktlink der eVergabeplattform abgerufen werden und sind gemäß §§ 41 Abs. 1, 9 VgV unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt auf der eVergabeplattform verfügbar. Eine Bewerbung um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren (Teilnahmeantrag) ist ausschließlich mittels des vorgegebenen Bewerbungsformulars (Teil C der

Vergabeunterlagen) nebst den dazugehörigen Anlagen möglich. Mit dem Teilnahmeantrag sind sämtliche geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise einzureichen. Angaben, Erklärungen und Nachweise, die von einem Bewerber nicht bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist vorgelegt wurden, können bis zum Ablauf einer von den Auftraggebern zu bestimmender Nachfrist bei dem Bewerber angefordert werden. Reicht der Bewerber die geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb einer verbindlich gesetzten Nachfrist ein, so wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Die Auftraggeber sind nicht verpflichtet, dem Bewerber Gelegenheit zur Ergänzung seiner Angaben nach Ablauf der Bewerbungsfrist zu geben. Der Teilnahmeantrag muss alle geforderten Unterlagen und Nachweise enthalten und ist gemäß § 53 Abs. 1 VgV i. V. m. § 126b BGB in Textform elektronisch zu übermitteln. Das heißt, die verbindlichen Erklärungen im Teilnahmeantrag müssen dabei durch Unterschrift, Nachbildung der Unterschrift (Faksimile), eingescannte Unterschrift oder Nennung des Namens des Erklärenden ersichtlich sein. Teilnahmeanträge, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, werden nicht berücksichtigt. Eine Übermittlung des Teilnahmeantrages per Post/Boten, Telefax oder E-Mail ist ausgeschlossen. Für den Fall einer Bewerbung als Bewerbergemeinschaft muss jedes einzelne Mitglied das Bewerbungsformular (Teil C der Vergabeunterlagen) ausfüllen und gemäß den vorgenannten Vorgaben auf der angegebenen eVergabeplattform zusammen mit dem Teilnahmeantrag der anderen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft in Textform gemäß § 53 Abs. 1 VgV i. V. m. § 126b BGB einreichen, wobei auf die vorstehenden Ausführungen zur Einreichung des Teilnahmeantrags verwiesen wird. Weitere Verfahrensbedingungen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen, dort in den Teilen A („Allgemeine Verfahrensbedingungen“), B („Bewerbungsbedingungen für den Teilnahmewettbewerb“) und D („Vergabebedingungen für Angebots- und Verhandlungsphase“). II. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern Öffentliche Aufträge sind gemäß § 122 Abs. 1 GWB i.V.m. § 42 VgV an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen zu vergeben, die nicht nach §§ 123, 124 GWB ausgeschlossen worden sind. Um festzustellen, ob ein Unternehmen geeignet ist, hat der Auftraggeber nach Maßgabe der vergaberechtlichen Bestimmungen auf der Grundlage der ihm zum Zeitpunkt der Eignungsprüfung verfügbaren Informationen eine in die Zukunft auf die mögliche Auftragsausführung gerichtete Prognose vorzunehmen. Daraus ergeben sich für das Vergabeverfahren die folgende Prüfreihenfolge und der dargestellte Umfang der Prüfung bzw. Wertung durch den Auftraggeber. Von dem Auftraggeber ist beabsichtigt gemäß §§ 17 Abs. 4 Satz 2, 51 VgV bis zu fünf geeignete Unternehmen auszuwählen und im nächsten Verfahrensschritt zur Angebotsabgabe und zur Teilnahme an Verhandlungen aufzufordern. Im Einzelnen: (1) Keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB Im ersten Schritt prüft der Auftraggeber anhand der form- und fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (Bewerbungen) der einzelnen Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, ob Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB einschlägig sind bzw. – falls dies der Fall sein sollte –, ob wirksame Selbstreinigungsmaßnahmen nach Maßgabe von § 125 GWB durchgeführt und nachgewiesen sind oder ob die Höchstfristen für einen Ausschluss nach § 126 GWB überschritten sind. Zudem prüft der Auftraggeber, ob der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft einen Bezug zu Russland im Sinne der Verordnung der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, aufweist. (2) Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung Im zweiten Schritt prüft der Auftraggeber anhand der form- und fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (Bewerbungen) der einzelnen Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften – die auf der 1. Prüfungsstufe nicht vom weiteren Vergabeverfahren auszuschließen waren – die Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung. (3) Grad der Vergleichbarkeit der eingereichten Referenzen Im dritten Schritt prüft der Auftraggeber anhand

der form- und fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (Bewerbungen) der einzelnen Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften – die auf der 1. und 2. Prüfungsstufe nicht vom weiteren Vergabeverfahren auszuschließen waren – den Grad der Vergleichbarkeit der mindestens vier eingereichten und den Mindestanforderungen entsprechenden Referenzen. Wesentliche Kriterien für diese qualitative Bewertung der Referenzangaben der einzelnen Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften sind die nachfolgenden Festlegungen anhand derer eine Rangfolge ermittelt wird. Die Punktwerte – 0 Punkte für keine Angabe sowie 1 Punkt bis 6 Punkte – werden anhand der wertungsfähigen Referenzen des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft nach folgenden Maßgaben vergeben. (a) Anzahl der Referenzen bezogen auf die Anlagengruppen 1 bis 3 • 1 Punkt für 2 Referenzen • 3 Punkte für 3 bis 6 Referenzen • 6 Punkte für mehr als 6 Referenzen (b) Anzahl der Referenzen bezogen auf die Anlagengruppen 4 bis 6 • 1 Punkt für 2 Referenzen • 3 Punkte für 3 bis 6 Referenzen • 6 Punkte für mehr als 6 Referenzen (c) Anzahl an Projekten im Bereich Tages- und/oder Krankenpflege • 1 Punkt für 1 • 3 Punkte für 2 bis 3 • 6 Punkte für mehr als 3 (c) Anzahl an Projekten unter Inanspruchnahme von Fördermitteln • 1 Punkt für 1 Referenz • 3 Punkte für 2 bis 3 Referenzen • 6 Punkte für mehr als 3 Referenzen Die in den vorgenannten Kategorien ermittelten Punktwerte werden addiert, sodass insgesamt maximal 24 Punkte („Gesamtpunktzahl“) erreicht werden können. Der Bewerber (bzw. die Bewerbergemeinschaft) mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhält den ersten Rang. Bewerber (bzw. Bewerbergemeinschaften) mit gleicher Gesamtpunktzahl werden absteigend auf die nachfolgenden Rangplätzen verteilt, bis die Rangplätze 1 bis 5 ermittelt sind. Für den Fall, dass zwei oder mehr Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften dieselbe Gesamtpunktzahl erreichen und damit mehr als fünf Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften die Rangplätze 1 bis 5 gleichermaßen belegen könnten, wird in analoger Anwendung § 75 Abs. 6 VgV eine Losentscheidung unter den Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften mit derselben Gesamtpunktzahl herbeigeführt, bis die Rangfolge 1 bis 5 abschließend belegt werden kann. Sofern Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften mit derselben erreichten Gesamtpunktzahl nicht sämtliche Rangplätze 1 bis 5 belegen, wird die Losentscheidung unter den Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften mit der niedrigeren Gesamtpunktzahl für die verbleibenden Rangplätze durchgeführt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

Konkurs: Insolvenz

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Korruption: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung

Vergleichsverfahren: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bildung krimineller Vereinigungen

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung

Betrugsbekämpfung: Betrug oder Subventionsbetrug

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Menschenhandel,
Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung
Zahlungsunfähigkeit: Zahlungsunfähigkeit
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen arbeitsrechtliche
Verpflichtungen
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Insolvenz
Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Rein nationale Ausschlussgründe
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Interessenkonflikt
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Schwere Verfehlung
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Mangelhafte
Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen sozialrechtliche
Verpflichtungen
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von
Sozialversicherungsbeiträgen
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Einstellung der beruflichen Tätigkeit
Entrichtung von Steuern: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder
Abgaben
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Bildung terroristischer Vereinigungen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Fachplanung (TGA) für Umbau, Sanierung und Erweiterung für eine
Tagespflegeeinrichtung

Beschreibung: Der Auftraggeber ist Eigentümer einer Liegenschaft, die derzeit vom Deutschen Roten Kreuz als Schulungszentrum genutzt wird. Der Auftraggeber beabsichtigt den Umbau, die Sanierung und die Erweiterung des Schulungsgebäudes, um dieses perspektivisch als Tagespflegeeinrichtung nutzen zu können. Das Ziel des Projekts ist der demenzsensible Umbau, die Modernisierung und die Schaffung von bedarfsgerechten Pflegeplätzen mitsamt Begegnungsstätten. Es sollen bis zu 20 Tagespflegeplätze mit einer Nutzfläche von ca. 775 m² nebst Ruheraum zur Entlastung der pflegenden Zu- und Angehörigen geschaffen werden, um die Möglichkeit des Verbleibs von Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit zu fördern. Im Rahmen der Tagespflege wird eine bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeit geboten, Hilfe bei pflegerischen Handlungen und Abwechslung aus dem Pflegealltag. Alle Pflegeplätze berücksichtigen die aktuellen Erkenntnisse zu Aspekten der Demenzsensibilität und für Menschen mit Seh- und Hörbeeinträchtigung. Das vorliegende Vorhaben dient zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und wird insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und sich ändernder Familienstrukturen im Interesse der Gesellschaft als Ganzes erbracht. Das Erweiterungsvorhaben soll in zwei Bauabschnitte (BA) gegliedert werden. In einem ersten Schritt soll der Umbau und die Sanierung des Schulungsgebäudes erfolgen (1. BA) und in einem zweiten Schritt soll sodann die geplante bauliche Erweiterung des Gebäudes durchgeführt werden (2. BA). Die Gesamtbaukosten für beide Bauabschnitte nach DIN 276 und Kostengruppen 200 bis 700 betragen ca. EUR 6,35 Mio. (netto). Für die Erweiterungsmaßnahmen werden Fördermittel im Rahmen der Richtlinie zur investiven Förderung von Pflegeplätzen sowie der Gestaltung von Pflege und Betreuung im sozialen Nahraum vom 19. November 2019 unter dem Az. 45-G8300-2019/486-3 in der

Änderungsfassung vom 28. Oktober 2022 (Förderrichtlinie Pflege im sozialen Nahraum, kurz: „PfllegesonahFÖR“) in Anspruch genommen. Ausweislich des Förderbescheids vom 2. Oktober 2023 wurden für den 2. BA staatliche Zuwendungen in Höhe von bis zu EUR 500.000,00 bewilligt. Darüber hinaus erhält der Auftraggeber für die Erweiterungsmaßnahmen auch Zuwendungen von der Regierung Oberpfalz in Höhe von EUR 300.000,00. Ziel dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe von Leistungen zur Fachplanung der Technischen Ausrüstung gemäß §§ 53 ff. der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen („HOAI“). Umfasst von den Planungsleistungen zur Technischen Ausrüstung sind nach Maßgabe von § 53 Abs. 2 sowohl die Anlagengruppen • Starkstromanlagen, • Fernmelde- und informationstechnische Anlagen und • Förderanlagen, der Elektrotechnik (ELT) als auch die Anlagengruppen • Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, • Wärmeversorgungsanlagen, • Lufttechnische Anlagen, • nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen und • Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken. der Heizungs-, Lüftungs- / Sanitärtechnik (HLS) und Gebäudeautomation (GA). Ausgeschriebener Leistungsgegenstand sind die Leistungsphasen • 1 („Grundlagenermittlung“), • 2 („Vorplanung“), • 3 („Entwurfsplanung“), • 4 („Genehmigungsplanung“), • 5 („Ausführungsplanung“), • 6 („Vorbereitung der Vergabe“), • 7 („Mitwirkung bei der Vergabe“), • 8 („Objektüberwachung – Bauüberwachung“) und • 9 („Objektbetreuung“) nach Maßgabe des Leistungsbilds von § 55 i.V.m. Anlage 15.1 HOAI. Details zum Umfang der Leistungen (Grundleistungen und Besondere Leistungen) in den einzelnen Leistungsphasen ergeben sich aus Anlage 1 (Projekt- und Aufgabenbeschreibung) als Bestandteil von Teil E der Vergabeunterlagen („Angebotsunterlagen bestehend aus Architektenvertrag nebst Anlagen“).

Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71318000 Beratungsdienste von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Neumarkt i. d. OPf. (DE236)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Folgende Angaben, Nachweise und Erklärungen sind vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: (1) Angabe von Firmennamen, Anschrift, Name des Ansprechpartners für das Vergabeverfahren nebst Kontaktdaten; (2) Bewerbergemeinschaften sind zugelassen und haben sich bereits als solche zu bewerben. Mit dem Teilnahmeantrag muss eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Bewerbergemeinschaftserklärung gemäß § 53 Abs. 9 VgV vorgelegt werden, in der erklärt wird, dass (a) im Auftragsfall die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft erfolgt; (b) alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist; (c) der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber den Auftraggebern rechtsverbindlich vertritt; (d) alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften; (e) der konkrete Leistungsumfang jedes Mitglieds angegeben oder eine leistungsübergreifende Verantwortlichkeit ausdrücklich bestätigt wird. Wird diese Bewerbergemeinschaftserklärung nicht mit dem Teilnahmeantrag eingereicht, wird die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen. (3) Erklärung, dass keine Ausschlussgründe im Sinne von §§ 123, 124 GWB vorliegen; (4) Erklärung im Zusammenhang mit der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, dass kein Bezug zu Russland besteht. (5) Der Bewerber (bzw. das Mitglied der Bewerbergemeinschaft) erklärt zudem, dass er (a) die gewerbe- bzw. berufsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der Leistung selbst erfüllt oder durch Dritte, wobei er dies auf einem Beiblatt erläutert, falls er diese Voraussetzungen nicht selbst erfüllt; (b) Mitarbeitern oder Erfüllungsgehilfen der Auftraggeber und der Vergabestelle keine Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat; (c) unverzüglich weitere gewünschte Angaben machen bzw. Nachweise vorlegen wird, falls die Auftraggeber Rückfragen oder weiteren Klärungsbedarf insbesondere zur Eignung äußert oder Erläuterungen oder Nachweise wünscht (z. B. die Bescheinigung eines Sozialversicherungsträgers, einen Gewerbezentral- oder Handelsregisterauszug oder eine Bankerklärung); (d) nicht zu einer Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist oder er in einem solchen eingetragen ist, und zwar unter der Nummer [Nr.] beim Register (Bezeichnung, Ort); und (e) die Auftraggeber unverzüglich informiere(n) und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen sowie ggf. Nachweise abgeben werde(n), falls sich während des weiteren Verfahrens (vor oder nach Angebotsabgabe) Änderungen an den von ihm vorstehend erklärten Sachverhalten oder anderen für ihn erkennbar relevanten Voraussetzungen für eine Zuschlagserteilung ergeben; (6) Einverständniserklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten für das Vergabeverfahren und zur Abfrage von Eintragungen nach § 6 Abs. 1 Satz 1 WRegG; (7) Falls sich der Bewerber (bzw. die Bewerbergemeinschaft) für das Projekt auf Kenntnisse, Fähigkeiten, Ressourcen o. a. Mittel Dritter beruft, zudem Angabe von Leistungsbereich, Name und Adresse des Dritten, Art und Weise der Einbindung des Dritten (z. B. Unterauftragnehmer) und Bestätigung, dass auf Verlangen der Auftraggeber unverzüglich die Verpflichtungserklärung(en) für wesentliche Teilleistungen auf der Vorlage des Formblatts Verpflichtungserklärung des Dritten dazu vorgelegt werden, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen, und für Unternehmen, die nach ihrem Umfang und /oder ihrer Bedeutung wesentliche Leistungsteile erbringen sollen, entsprechende Erklärungen und auf Anforderung Nachweise zur Eignung.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Folgende Angaben, Nachweise und Erklärungen sind vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: (1) Nachweis (Kopie der Versicherungspolice bzw. Bestätigung durch Versicherungsunternehmen) über eine gültige Berufs- und Vermögensschadenshaftpflichtversicherung – nicht älter als 12 Monate – von einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherungsunternehmen. Diese Versicherung muss nachfolgende Anforderungen erfüllen (Mindestanforderungen): (a) Deckungssumme von mindestens EUR 1,5 Mio. für Personen-, Sach- und Vermögensschäden bei einer 2-fachen Maximierung pro Versicherungsjahr (b) Nachhaftungsfrist von mindestens fünf Jahren im Fall der Liquidation des Versicherungsnehmers. Sofern eine Betriebs- und Vermögensschadenshaftpflichtversicherung die Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist als Nachweis eine Eigenerklärung (Bestätigung durch Versicherungsunternehmer) vorzulegen, wonach sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft zum Abschluss bzw. Erweiterung einer Versicherung gemäß diesen Anforderungen im Falle der Auftragserteilung verpflichtet; (2) Erklärung über den Gesamtumsatz in Deutschland in EUR (netto) des Bewerbers in den Jahren 2021, 2022 und 2023 und Angaben zur Dauer des jeweiligen Geschäftsjahres (falls nicht mit Kalenderjahr identisch) sowie zum Beginn der Geschäftstätigkeit (bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit nach 2021); (3) Erklärung über den Umsatz in Deutschland in EUR (netto) mit vergleichbaren Leistungen, d.h. mit Fachplanungsleistungen TGA in den Jahren 2021, 2022 und 2023 und Angaben zur Dauer des jeweiligen Geschäftsjahres (falls nicht mit Kalenderjahr identisch) sowie zum Beginn der Geschäftstätigkeit (bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit nach 2021).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Folgende Angaben, Nachweise und Erklärungen sind vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: (1) Nachweis von vergleichbaren Referenzprojekten Angabe von Referenzprojekten, die mit den zu vergebenden Leistungen nach der Aufgabenstellung, also Art, Größe, Umfang und Komplexität des Auftrags vergleichbar sind. Anzugeben sind • Projektbezeichnung • Auftraggeber nebst Ansprechpartner mit Kontaktdaten (Adresse, Name, Telefon und E-Mail) beim Auftraggeber • Projektleiter beim Auftragnehmer (Name, Vorname) • Art der Baumaßnahme • Inanspruchnahme von Zuwendungen • Objekt und seine Nutzung • Beschreibung der erbrachten Leistung unter Angabe der Leistungsphasen gem. § 53 ff. HOAI • Anlagengruppen • Baukosten in EUR (brutto) gemäß KG 200 bis 700 nach DIN 276 • Anrechenbare Baukosten in EUR (brutto) • Bauzeit • Datum der Inbetriebnahme Die vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft benannten jeweiligen Referenzen müssen aktuell sein, d.h. die Leistungen müssen im Zeitraum vom 1. Juni 2019 bis einschließlich 30. Juni 2024 oder aktueller erbracht worden sein (Mindestanforderung). Folgende leistungsspezifischen Anforderungen müssen durch jede einzelne der angegebenen Referenzen erfüllt sein (Mindestanforderungen): • Fachplanungsleistungen im Zusammenhang mit Neu-, Umbau-, Sanierungs- oder Erweiterungsmaßnahmen von Gebäuden mit öffentlichem Besucherverkehr wie z.B. Verwaltungsgebäude, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche oder Senioren gemäß Leistungsphasen 1 bis 8 gem. §§ 53 ff. HOAI • Baukosten von mindestens EUR 3 Millionen (netto) gemäß KG 200 bis 700 nach DIN 276. Dabei müssen insgesamt mindestens vier Referenzen nachgewiesen

werden, von denen • mindestens zwei Referenzen die Fachplanungsleistungen gem. §§ 53 ff. HOAI bezogen auf die o Anlagengruppe 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen o Anlagengruppe 2: Wärmeversorgungsanlagen o Anlagengruppe 3: Lufttechnische Anlagen • mindestens zwei Referenzen die Fachplanungsleistungen gem. §§ 53 ff. HOAI bezogen auf die o Anlagengruppe 4: Starkstromanlagen o Anlagengruppe 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen o Anlagengruppe 6: Förderanlagen betreffen müssen. Kann mit einer Referenz der Nachweis über Fachplanungsleistungen gem. § 53 ff. HOAI sowohl für die Anlagengruppen 1 bis 3 als auch für die Anlagengruppen 4 bis 6 erbracht werden, so geht diese Referenz für die jeweiligen Anlagengruppen in die Wertung ein. (2) Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl (2021, 2022 und 2023) unterteilt nach Geschäftsführung/Inhaber, angestellte Mitarbeiter (gesamt) in Deutschland und freie Mitarbeiter (keine Unterauftragnehmer). (3) Angaben zum vorgesehenen (stellvertretenden) Projektleiter einschließlich Nachweis deren fachlicher Qualifikation durch Vorlage der Berufszulassung, Angaben zu branchenspezifischer Berufserfahrung in Jahren, Zugehörigkeit zum Unternehmen durch Vorlage eines Kurzlebenslauf. Dabei muss der Projektleiter über mindestens acht Jahre und der stellvertretende Projektleiter über mindestens vier Jahre einschlägige Berufserfahrung verfügen, d.h. im Bauwesen als Architekt, Ingenieur oder Projektsteuerer (Mindestanforderung). (4) Erklärung über die beabsichtigte Vergabe von Unteraufträgen und gegebenenfalls Vorlage einer Erklärung des als Unterauftragnehmer vorgesehenen Unternehmens, mit der der Unterauftragnehmer versichert, dass im Falle der Beauftragung die erforderlichen Mittel und Kapazitäten zur Auftragsdurchführung vorhanden sind (Verpflichtungserklärung).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/b5f1ba00-e61e-47ad-80d7-c8d13f5420d3

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 02/09 /2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/b5f1ba00-e61e-47ad-80d7-c8d13f5420d3

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 21/08/2024 15:00:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 101 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Fehlende Bieterunterlagen können nicht nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Natürliche Personen sind zur

Leistungserbringung zugelassen, sofern diese berechtigt sind, die Berufsbezeichnung

„Beratender Ingenieur“ oder „Ingenieur“ zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (vgl. § 75 Abs. 2 VgV). Juristische Personen sind zur

Leistungserbringung zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen

verantwortlichen Berufsangehörigen mit der vorgenannten Berufsqualifikation benennen (vgl.

§ 75 Abs. 3 VgV). Ist in dem jeweiligen Heimatland die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht

geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als „Beratender Ingenieur“ oder „Ingenieur“,

wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt,

dessen Anerkennung nach der Richtlinie 89/48/EWG des Rates bzw. Richtlinie 2005/36/EG

des Europäischen Parlaments und des Rates gewährleistet ist. Bei Bieter- bzw.

Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied benannt und entsprechend den vorgenannten Voraussetzungen tei...

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Für die Einleitung von Nachprüfungsverfahren

wird auf die §§ 155 ff. GWB verwiesen. Hinsichtlich der zu beachten Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen ist § 160 Abs. 3 GWB zu beachten. Dieser lautet: „Der Antrag ist

unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der

Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die

aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der

Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung

oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt." Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Watson Farley & Williams LLP
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Markt Hohenfels
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Markt Hohenfels
Registrierungsnummer: 10034
Postanschrift: Pfarrer-Ertl-Platz 3
Stadt: Hohenfels
Postleitzahl: 92366
Land, Gliederung (NUTS): Neumarkt i. d. OPf. (DE236)
Land: Deutschland
E-Mail: info@markt-hohenfels.de
Telefon: +49 9472940122
Internetadresse: <https://www.markt-hohenfels.de>
Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern
Registrierungsnummer: 23338617-5a4f-481b-9c33-2f150fae0640
Postanschrift: Promenade 27 (Schloss)
Stadt: Ansbach
Postleitzahl: 91522
Land, Gliederung (NUTS): Neumarkt i. d. OPf. (DE236)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
Telefon: +49 981531277

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Watson Farley & Williams LLP
Registrierungsnummer: 2121c080-c33a-47a8-b2d1-782a0e20f0ce
Postanschrift: Dienerstrasse 12 (Alter Hof)
Stadt: München
Postleitzahl: 80331
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: fsiebler@wfw.com

Telefon: +49 892370860

Internetadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b5f1ba00-e61e-47ad-80d7-c8d13f5420d3 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 19/07/2024 14:27:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 441789-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 142/2024

Datum der Veröffentlichung: 23/07/2024